



16. Dezember 2016

Ausgabe 12/2016

Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

mein persönlicher Jahresrückblick sieht gut aus, sowohl in politischer als auch in privater Hinsicht. Das wundert euch jetzt nicht, denn wer mich kennt, weiß, dass ich ein positiv eingestellter Mensch bin. Manchmal denke ich jedoch darüber nach, ob das in Ordnung ist, bei all den Problemen, die noch nicht gelöst sind. Aber Jammern bringt uns nicht nach vorne, deshalb müssen wir weiter an den kleinen und großen Herausforderungen arbeiten. Dazu brauchen wir Durchhaltevermögen, neue Ideen und eine Portion Zuversicht. Deshalb lasst uns zum Jahreswechsel durchatmen und dann mit voller Kraft voraus ins neue Jahr starten.

Mehr Teilhabe ermöglichen

Menschen mit Behinderung sollen nicht länger von Sozialhilfe abhängig sein und stärker am gesellschaftlichen Leben beteiligt werden. Dabei sollen ihre persönlichen Bedürfnisse besser berücksichtigt werden. Das ist das Ziel des Bundesteilhabegesetzes, das wir Anfang Dezember auf den Weg gebracht haben.

Mit dem Gesetz bekommen Betroffene größere Unabhängigkeit bei der Entscheidung wie und wo sie leben wollen. Bislang müssen Menschen mit einem bestimmten Behinderungsgrad eine Unterbringung in einer Pflegeeinrichtung akzeptieren, sonst erhalten sie keine finanzielle Unterstützung. Zukünftig sollen Betroffene zudem mehr Geld zurücklegen können. Zur größeren finanziellen Unabhängigkeit gehört auch, dass Ehepartner nicht mehr zur Finanzierung herangezogen werden.

Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe. Dabei werden die Leistungen für Pflege und Eingliederungshilfe weiterhin nebeneinander gewährt. Dieser Punkt war vor allem den Betroffenenverbänden sehr wichtig. Diese hatten nach der Vorstellung des ursprünglichen Entwurfs zahlreiche Verbesserungsvorschläge eingebracht. Wir haben viele davon bei den Beratungen im Bundestag aufgegriffen. So dass beispielsweise Caritas, Lebenshilfe und Arbeiterwohlfahrt, das Gesetz grundsätzlich begrüßen, auch wenn es sicher noch Raum für weitere Verbesserungen gibt.

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann
 @bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04
 @bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>



Ausweitung der Maut

Die Maut für LKW wird auf Bundesstraßen ausgedehnt. Mit einer entsprechenden Gesetzesänderung schließen wir ein großes Schlupfloch im Mautsystem. Denn nach der Einführung der Nutzungsgebühren schickten Speditionen ihre Fahrer über Landstraßen, durch Dörfer und Städte, um Gebühren zu sparen. Diese Möglichkeit gibt es nun nicht mehr. Sie müssen sich am Erhalt unseres Straßennetzes beteiligen. Außerdem wollen wir prüfen, ob die Maut auch für LKW von 3,5 bis 7,5 Tonnen sowie für Fernbusse gelten soll.

Was die Beteiligung von PKW an der Maut angeht, hat Verkehrsminister Dobrindt kürzlich seinen Kompromiss mit der EU vorgestellt. Auf Autobahnen sollen alle PKW eine Maut zahlen. Allerdings plant der Verkehrsminister eine Entlastung einheimischer PKW-Besitzer durch entsprechende Rabatte bei der KFZ-Steuer. Dabei sollen Halter umweltfreundlicher Fahrzeuge sogar weniger zahlen als bisher.

Wir stehen den Plänen skeptisch gegenüber, da nicht klar ist, ob durch den vereinbarten Kompromiss Geld in die Kassen kommt. Denn die Ausgaben für die Einführung und die Verwaltung des Mautsystems dürften erheblich sein. Zudem müssen wir genau prüfen, ob einheimische Autofahrer tatsächlich nicht mehr zahlen als jetzt. Nur wenn diese Bedingung aus dem Koalitionsvertrag eingehalten wird, sind Dobrindts Pläne für uns tragbar.

Änderungen beim Lärmschutz helfen Sportvereinen

Sportvereine sollen nach dem Willen der Bundesregierung in Zukunft länger trainieren können. Denn das Kabinett hat wichtige Änderungen beim Lärmschutz beschlossen. In den abendlichen Ruhezeiten von 20.00 – 22.00 Uhr sowie mittags an Sonn- und Feiertagen werden die Lärmschutzwerte an die normalen Zeiten angeglichen.

Kinder und Jugendliche verbringen mehr Zeit in der Schule und in der Ausbildung, so dass sich Sport- und Freizeitaktivitäten immer weiter in den Nachmittag und Abend verschieben. Durch die gesetzlichen Änderungen ermöglichen wir es den Vereinen, sich dem anzupassen.

Gute Nachrichten gibt es auch für Sportanlagen, die vor 1991 in Betrieb gegangen sind. Ihnen drohte bei einer Modernisierung der Verlust ihres Altanlagenbonus. Das wird nun geändert. Alte Anlagen dürfen auch nach einer Sanierung ein wenig lauter sein als neue. Damit wird eine große Hürde für die Sanierung einiger Dortmunder Sportplätze aus dem Weg geräumt, von der mir Vereine auf meiner Veranstaltung „Wo der Sportschuh drückt“ im Frühjahr berichteten.



Einbrecher härter bestrafen

Mit mindestens sechs Monaten Gefängnis sollen Einbrecher zukünftig bestraft werden. In seinem Gesetzentwurf streicht Heiko Maas die Möglichkeit, einzelne Fälle als „minder schwer“ einzustufen. Damit kann die Mindeststrafe in keinem einzigen Fall mehr umgangen werden. Denn Einbruchopfer sind meist noch lange Zeit traumatisiert und leiden unter den Folgen, egal was letztendlich geklaut wurde.

Wir wissen jedoch, dass härtere Strafen allein die Zahl der Einbrüche nicht wesentlich verringern werden. Wir brauchen auch mehr Polizisten und Staatsanwälte, um die Ermittlungsarbeit zu verstärken. Deswegen wird die Polizei im nächsten Jahr bundesweit weitere 2.000 Stellen erhalten. In Dortmund wird die Staatsanwaltschaft um 15 % aufgestockt. Bereits seit letztem Jahr unterstützen wir zudem Eigentümer und Mieter mit staatlichen Zuschüssen, wenn sie in besseren Einbruchschutz — zum Beispiel Alarmanlagen — investieren.

Atomausstieg finanziell absichern

Mit einem neuen Gesetz sorgen wir für Klarheit, wer die Kosten für den Atomausstieg übernimmt. Konkret werden die Betreiber der Kernkraftwerke auch künftig für die Stilllegung und den Rückbau ihrer Anlagen verantwortlich sein. Der Bund übernimmt jedoch die Verantwortung für die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls. Allerdings nicht ohne die finanzielle Beteiligung der Unternehmen. Die müssen 17,3 Milliarden Euro in einen Fonds einzahlen. Hinzu kommt ein Risikozuschlag von weiteren 6,1 Milliarden Euro. Damit sollen etwaige Mehrkosten und Zinsrisiken abgedeckt werden.

Außerdem haben wir die Haftung für die Konzerne neu geregelt. Sie müssen in Zukunft für ihre Tochtergesellschaften geradestehen. Sind diese nicht in der Lage, ihren Verpflichtungen nachzukommen, müssen sie von den Mutterkonzernen übernommen werden. Ob die Kosten für die Entsorgung für alle Zeit gedeckt sind, ist nicht vorhersehbar. Wichtig ist die Regelung aber, damit der Staat bei einer Insolvenz eines Konzerns nicht auf den gesamten Kosten sitzen bleibt.

Neue Regeln für die Arbeit der Zukunft

Mit der Digitalisierung der Arbeitswelt gibt es neue Möglichkeiten der Beschäftigung. Diesen will Andrea Nahles mit ihren Vorschlägen zur „Arbeit 4.0“ einen zeitgemäßen Rahmen geben. Arbeitnehmer sollen mehr Freiheiten bei der Wahl der Arbeitszeit und des Arbeitsortes erhalten. Ermöglicht werden sollen Pausen zur Kinderbetreuung, Homeoffice am Abend oder ein Arbeitsende jenseits der gesetzlichen Regelung. Größere Flexibilität braucht aber auch mehr Sicherheit. Deswegen sollen Arbeitnehmer auch das Recht erhalten, nicht ständig erreichbar sein zu müssen. Darüber hinaus sollen Mitarbeiter, die in Teilzeit arbeiten, ohne weiteres in die Vollbeschäftigung zurückkehren können.



Der technologische Wandel führt zudem dazu, dass sich Arbeitnehmer ständig weiterbilden müssen. Nahles will ihnen deshalb ein Recht auf Weiterbildung einräumen. Damit sie das wahrnehmen können, soll die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung werden. Sie soll Qualifizierungsberatungen und passende Fortbildungsmöglichkeiten anbieten. Außerdem will die Arbeitsministerin persönliche Erwerbstätigenkonten mit Startguthaben einrichten. Damit sollten Lohnausfälle bei Weiterbildung, Existenzgründung, Teilzeitphasen oder Auszeiten ausgeglichen werden. Die Vorschläge sind ein erster Aufschlag für weitere Diskussionen, die wir nun mit Gewerkschaften, Verbänden und Arbeitnehmern führen werden.

Patenschaft für türkische Parlamentarierin übernommen

Für Figen Yüksesdag, einer Abgeordneten der prokurdischen Partei HDP in der Türkei, habe ich eine Patenschaft übernommen. Seit dem Putschversuch im Sommer geht Präsident Erdogan immer härter gegen die Opposition vor. Dabei macht er auch vor Parlamentariern nicht Halt. Einige Abgeordnete der HDP wurden bereits inhaftiert — so auch Figen Yüksesdag. Gegen die Co-Vorsitzende der HDP laufen zahlreiche Verfahren mit nicht bewiesenen Vorwürfen. Im März wurde ihre Immunität aufgehoben. Seit Anfang November ist sie inhaftiert.

Das Vorgehen der türkischen Regierung entspricht nicht meinem Demokratieverständnis und ist nicht akzeptabel. Mit meiner Patenschaft setze ich mich für die Wiederherstellung von Rechtsstaatlichkeit und die Achtung demokratischer Prinzipien ein.



Während der Feiertage ist mein Büro in Berlin vom 22. Dezember an geschlossen. Ab dem 2. Januar sind meine Mitarbeiter wieder für euch da.

Mein Team und ich wünschen euch ein frohes Weihnachtsfest und vor allem Gesundheit im neuen Jahr!

Liebe Grüße

Eure 

